

Kritik an Scharping aus eigener Partei wächst

Debatte um Entschädigung für Radaropfer geht weiter

Verteidigungs-Experten der SPD haben sich für eine Entschädigung der Radaropfer der Bundeswehr ausgesprochen. Damit wächst der Druck auf Scharping aus den eigenen Reihen.

Berlin (ddp) In der Debatte um Entschädigungen für verstrahlte ehemalige Radartechniker der Bundeswehr machen SPD-Verteidigungsexperten Druck auf die Bundesregierung. Die SPD-Politikerin Verena Wohlleben forderte die Bundeswehr auf, ihren verstrahlten Radartechnikern neben einer Versorgungsrente auch eine Entschädigung zu zahlen.

Wohlleben betonte: „Wenn es einwandfrei nachgewiesen ist, dass die Krankheit durch den Beruf gekommen ist, dann wird man nicht umhin kommen, Entschädigungen zu zahlen“, sagte sie. Die Höhe der Zahlungen werde sich an den jeweiligen Umständen im Einzelfall zu orientieren haben.

Die SPD-Politikerin machte damit Front gegen die bisherige Haltung des Verteidigungsministeriums. Dieses hatte in einem Schreiben an die Anwälte der Strahlenopfer alle Entschädigungs- und Schmerzensgeldforderungen prinzipiell zurückgewiesen. Sollte es bei diesem Kurs bleiben, werde man sich von Seiten des Verteidigungsausschusses noch einmal grundsätzlich um das Problem zu kümmern haben, sagte Wohlleben. Sie gehe aber davon aus, dass Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) bei seiner Zusage einer großzügigen Lösung für die Betroffenen bleibe und diese auch umsetze.

SPD-Verteidigungspolitiker Reinhold Robbe drückte auf das Tempo: Das Thema müsse bis zum Jahresende abgeschlossen sein, verlangte er. Robbe geht nach eigenen Worten davon aus, dass sich Scharping weiter so engagieren werde wie bisher. Der Verteidigungsausschuss werde allerdings mit „Argusaugen“ prüfen, wie sich die Bürokratie des Verteidigungsministeriums verhalte.

Rund 400 Radartechniker der Bundeswehr hatten sich in den 60er und 70er Jahren wegen fehlender Schutzmaßnahmen bei Arbeiten an den Radargeräten schwere Gesundheitsschäden zugezogen, vor allem Krebsleiden. 70 von ihnen sollen gestorben sein.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion, Jürgen Koppelin, versprach indes den strahlengeschädigten Radartechnikern der DDR-Volksarmee (NVA) die Unterstützung seiner Partei. Er nannte es für die Betroffenen unzumutbar, wenn sie sich ihren Anspruch erkämpfen müssten, weil sich in der Regierung keiner kompetent fühle. Scharping hatte eine Verantwortung für die NVA-Techniker abgelehnt. Deren Problem habe „nichts mit der Bundeswehr zu tun“.

SUSANN HUSTER und WOLFGANG BRANDT

OSTSEE-ZEITUNG.DE

© 1999-2001, Alle Rechte vorbehalten